



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

5/2019

Inhalt

Verfahren

Qualität im Asylverfahren:	2
Die Vorhaltepflcht	
EU-Mitgliedstaaten:	3
Asylstatistik 2018	

Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	4
------------------------	---

Blick zum Nachbarn

EU-Partnerbehörde:	6
Italien - Territoriale Kommissionen (Asylkommissionen)	

Was sonst?/Literatur

IZ Asyl und Migration weist hin auf	8
-------------------------------------	---

Qualität im Asylverfahren: Die Vorhaltepflcht

Durch einen Antrag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN¹ zum Thema Qualitätsmanagement im Bundesamt kam es zu einer Sachverständigenanhörung in der 51. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 06.05.19. Einer der Sachverständigen, Herr Dr. Marx, Rechtsanwalt und Mitglied im Expertenforum beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie Kommentator² zum Asylgesetz, erhob in seiner schriftlichen Stellungnahme³ und im Rahmen der Anhörung zum wiederholten Mal den Vorwurf, das Bundesamt werde seiner Vorhaltepflcht im Rahmen der Anhörungsdurchführung nicht gerecht. Diesen Vorwurf stützte er auf Erfahrungen, die er als Vertreter von Asylsuchenden seit dem Jahr 1983 in nahezu allen Außenstellen des Bundesamtes immer wieder gemacht habe.

Die Entscheider und Entscheiderinnen haben die Pflicht zur

Sachverhaltsaufklärung, § 24 AsylG. Sie müssen den Sachverhalt von Amts wegen untersuchen. Dabei ist die Anhörung das Herzstück des Verfahrens. Wenn sie nicht bestmöglich durchgeführt und protokolliert wird, leiden darunter alle späteren Stadien des Verfahrens, wie die Verfahren bei den Verwaltungsgerichten und den Ausländerbehörden, sei es bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder bei der Rückkehr⁴.

Insbesondere hat das Bundesamt die Pflicht, vor dem Hintergrund der vorgetragenen Verfolgungsgründe die Verhältnisse im Herkunftsland anhand aktueller Quellen zu prüfen, einschließlich der Rechtslage und der Anwendungspraxis. Dabei trifft den Ausländer bzw. die Ausländerin eine Mitwirkungspflicht. Nach § 25 I und II AsylG muss der Ausländer bzw. die Ausländerin selbst die Tatsachen vortragen, die seine bzw. ihre Furcht vor Verfolgung oder die Gefahr eines ihm bzw. ihr drohenden ernsthaften Schadens begründen, und die erforderlichen Angaben machen. Dies gilt auch für alle sonstigen Tatsachen und Umstände, die einer Abschiebung allgemein oder einer Abschiebung in einen bestimmten Staat entgegenstehen. Diese Vorschriften umschreiben die Darlegungslast der Antragstellenden. Gerade im Bereich der persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen trifft die Antragstellenden nach der ständigen Rechtsprechung des BVerwG eine erhöhte Darlegungspflicht, die den Untersuchungsgrundsatz begrenzt.

Dies bedeutet aber nicht, dass Lücken im Vorbringen, Widersprüche und Ungereimtheiten ohne weiteres wegen mangelnder Schlüssigkeit oder Glaubhaftigkeit zu Lasten der Antragstellenden berücksichtigt werden können. Vielmehr haben die Entscheiderinnen und Entscheider die Pflicht, die Antragstellenden in der persönlichen Anhörung nach der zusammenhängenden Sachverhaltsdarstellung auf diese Unzulänglichkeiten im Sachvortrag hinzuweisen und durch gezielte Nachfragen den Sachverhalt weiter aufzuklären. Das BVerfG⁵ hat in seinem Urteil zum Flughafenverfahren den Grundsatz entwickelt, dass die Anhörung seitens des Bediensteten des Bundesamtes „loyal und verständnisvoll“ zu führen sei, bei gegebenem Anlass seien klärende und verdeutlichende Rückfragen zu stellen.

In Art. 16 der Verfahrensrichtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Juni 2013 ist zum

1 BT-Drucksache 19/4853 - Für ein umfassendes Qualitätsmanagement beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; unter dem Aktenzeichen finden sich auf der Webseite des Bundestages alle abgegebenen Stellungnahmen der Sachverständigen, auch von Präsident Dr. Sommer.

2 Marx, AsylG, 9. Auflage 2017.

3 Siehe Fußnote 1.

4 Das war ein zentrales Ergebnis im Workshop Qualität bei der Veranstaltung des Bundesamtes mit Verwaltungsrichtern, Rechtsanwälten und Vertretern von Ausländerbehörden am 29.03.19.

5 BVerfG, U. v. 14.05.96 – 2 BvR 1516/93 – BVerfGE 94, 166.

Inhalt der persönlichen Anhörung geregelt:

„Wird eine persönliche Anhörung zum Inhalt eines Antrags auf internationalen Schutz durchgeführt, so stellt die Asylbehörde sicher, dass dem Antragsteller hinreichend Gelegenheit gegeben wird, die zur Begründung seines Antrags notwendigen Angaben gemäß Art. 4 der Richtlinie 2011/95/EU⁶ möglichst vollständig vorzubringen. Dieses schließt die Gelegenheit ein, sich zu fehlenden Angaben und/oder zu Abweichungen oder Widersprüchen in den Aussagen des Antragstellers zu äußern.“

Diese Regelung ist zwar bisher vom nationalen Gesetzgeber nicht in das Asylgesetz übernommen worden. Doch auf diese Vorschrift können sich Antragstellende berufen, da sie dadurch mit einem Rechtsanspruch ausgestattet worden sind.

Dem entsprechen auch die getroffenen Regelungen für die Verfahrensdurchführung im Bundesamt: In der „Dienstweisung Asyl“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist unter dem Stichwort „Anhörung“ unter Punkt 1.7 „Sachverhaltsermittlung“ hinsichtlich des Ablaufs und des Inhalts der Anhörung auf das verlinkte „Handbuch für Entscheider Teil I“, Qualitätsstandards „Anhörung“ Bezug genommen.

- In dem Handbuch wird unter den Themen „richtige Gesprächsführung“⁷ und „Hinreichende Sachverhaltsaufklärung“⁸ darauf hingewiesen, dass Widersprüche und gesteigertes Vorbringen durch entsprechende Vorhalte und gezielte Nachfragen aufzuklären sind.
- Zum angemessenen Anhörungsumfang wurde festgelegt,⁹ dass stets die nötige Zeit und erforderliche Ruhe für klärende Fragen und Vorhalte vorhanden sind.
- Für die Protokollierung ist geregelt¹⁰ worden, dass die Fragen und Vorhalte zum Kerngeschehen sowie die dazugehörenden Antworten der Antragstellenden im Regelfall in wörtlicher Rede wiederzugeben seien, da es hierbei auf den Wortlaut der Äußerungen ankommen kann.

Auch wenn das Handbuch demnächst aktualisiert werden muss, sind diese Festlegungen weiterhin gültig.

Stellen die Entscheidenden im Nachhinein beim Absetzen der Entscheidung fest, dass Fragen und Widersprüche oder Ungereimtheiten in der Anhörung offen oder ungeklärt geblieben sind und eine ablehnende Entscheidung deshalb nicht auf mangelnde Schlüssigkeit oder fehlende Glaubhaftmachung der Verfolgungsgründe gestützt werden kann, ist das richtige Vorgehen, eine erneute Anhörung anzusetzen und den Antragstellenden Gelegenheit zur Richtigstellung und Ergänzung bei der Darlegung des Verfolgungsgeschehens zu geben. Nur auf der Basis eines sorgfältig ermittelten Sachverhaltes lässt sich eine richtige Entscheidung treffen.

Ursula Gräfin Praschma, AL 6

EU-Mitgliedstaaten: Asylstatistik 2018

Die Anzahl der Personen, die in den EU-Mitgliedstaaten um internationalen Schutz ersuchten, stieg im Jahr 2014 sprunghaft an (562.680) und verdoppelte sich schließlich in den Jahren 2015 (rd. 1,3 Mio.) und 2016 (rd. 1,2 Mio.). Seit dem Jahr 2017 nimmt die Zahl der Asylantragstellenden in der EU wieder kontinuierlich ab. Auch im Jahr 2018 war die Zahl von Anträgen auf internationalen Schutz in den 28 EU-Ländern weiterhin rückläufig. Das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT)¹ berichtete im März 2019 von insgesamt 586.050 Erstanträgen, was einem Rückgang gegenüber dem Jahr 2017 von 11% entspricht.² Das Gros der Antragstellenden kam aus Syrien (80.920), Afghanistan (40.990), dem Irak (39.595), Pakistan (24.705) und dem Iran (23.195). Eine außerordentliche Zunahme von Anträgen gegenüber dem Jahr 2017 stellten die Mitgliedstaaten für Personen aus Kolumbien (+ 210 %), Venezuela (+ 88 %)³ sowie Georgien (+ 72 %) fest.

- 1 Eurostat ist eine Generaldirektion der Europäischen Kommission mit der Aufgabe, qualitativ hochwertige Statistiken für Europa bereitzustellen. Durch die Harmonisierung der Statistiken des Europäischen Statistischen Systems (ESS) auf eine einheitliche Methodik wurden die Statistiken der EU-Mitgliedstaaten vergleichbarer gemacht.
- 2 EUROSTAT (14.03.2019): Pressemitteilung Nr. 46/2019: Asyl in den EU-Mitgliedstaaten.
- 3 Die Zahl der Antragstellenden aus Venezuela in Deutschland hat sich nahezu verdoppelt (203 in 2017, 404 in 2018). Für die ersten vier Monate des Jahres 2019 verzeichnete das Bundesamt bereits 218 Asylerstanträge von venezolanischen Staatsangehörigen.

⁶ EU-Verfahrensrichtlinie.

⁷ Seite 15.

⁸ Seite 19.

⁹ Seite 19.

¹⁰ Seite 20.

Ein Vergleich zeigt, dass fast ein Drittel der Anträge in Deutschland bearbeitet wurde (161.885, 28 %). Damit rangiert Deutschland auf dem ersten Platz unter den EU-Mitgliedstaaten, gefolgt von Frankreich (110.485, 19 %), Griechenland (64.975, 11 %), Spanien (52.730, 9 %) und Italien (49.165, 8 %). Die Mitgliedstaaten, welche einen signifikanten Anstieg von über 50 % gegenüber dem Vorjahr erfahren haben, sind Slowenien (+95 %), Zypern (+70 %) und Spanien (+60 %). Demgegenüber verzeichneten Ungarn (-80 %), Italien (-61 %), Rumänien (-59 %) sowie Estland (-51 %) und Lettland (-50 %) einen bemerkenswerten Rückgang der Asylersanträge.

Im gleichen Zeitraum haben die Mitgliedstaaten 19.700 Antragstellende als unbegleitete Minderjährige eingestuft.⁴

Auch hier rangiert Deutschland mit 4.100 unbegleiteten Minderjährigen (21 %) an erster Stelle, gefolgt von Italien (3.900, 20 %), dem Vereinigten Königreich (2.900, 15 %) und Griechenland (2.600, 13 %). Sie kamen vorwiegend aus Afghanistan (16 %), Eritrea (10 %), Pakistan und Syrien (jeweils 7 %) sowie Guinea und dem Irak (jeweils 6 %).

Insgesamt haben die 28 EU-Länder im Jahr 2018 in erster Instanz über 581.955 Anträge auf internationalen Schutz entschieden, darunter in 271.400 Fällen positiv, was einer Anerkennungsrate von 37 % entspricht. In 32 % der positiven Entscheidungen wurde Flüchtlingsschutz oder subsidiärer Schutz zuerkannt. Die mit Abstand meisten positiven Entscheidungen traf Deutschland mit 139.555, gefolgt von Italien (47.885) und Frankreich (41.440). Die Anerkennungsrate der Bescheide war in Deutschland allerdings nicht am höchsten. Sie lag in erster Instanz bei 42 %. Portugal, Luxemburg oder Irland beschieden dagegen zwischen 60 und 85 % der Anträge positiv. Am geringsten war die Chance auf einen positiven Asylbescheid in Tschechien (11 %), Polen (14 %), Spanien und Lettland (jeweils 24 %). Die mit Abstand größte Gruppe, der ein Schutzstatus zuerkannt wurde, waren syrische Staatsangehörige (96.125, 29 %), gefolgt von afghanischen (53.465, 16 %) und irakischen (24.605, 7 %) Staatsangehörigen.⁵

Die Zahl der weiterhin anhängigen Verfahren bzw. der Anträge auf internationalen Schutz im Prüfverfahren lag Ende 2018 bei 878.600, darunter 384.000 (44 %) anhängige Verfahren in Deutschland, 103.000 (12 %) in Italien, 72.700 (9 %) in Spanien und 76.300 (9 %) in Griechenland.

Daneben haben im Jahr 2018 insgesamt 24.815 Geflüchtete im Rahmen eines nationalen oder gemeinschaftlichen

Umsiedlungsprogramms eine Aufenthaltsgenehmigung in einem EU-Mitgliedstaat erhalten, was einem Anstieg um 17 % gegenüber dem Jahr 2017 und einer Verdopplung (+47 %) gegenüber dem Jahr 2016 entspricht. Hauptaufnahmeländer waren das Vereinigte Königreich (5.805), Frankreich (3.200), Schweden (4.935) und Deutschland (3.200). Mit großem Abstand profitierten vor allem syrische Staatsangehörige (18.700), aber auch Flüchtlinge aus Eritrea (1.355), aus der Demokratischen Volksrepublik Korea (1.100), dem Irak (505) und Somalia (360) von dieser besonderen Aufnahme im Rahmen des Umsiedlungsprogramms.⁶

Anke Eckardt, 62F

6 EUROSTAT (16.04.2019): Umgesiedelte Personen nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - Jährliche Daten, abrufbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/data/database?node_code=migr_asyresa (Abruf am 20.05.2019).

Aus der Rechtsprechung

Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen der Sprungrevision

Redaktionelle Leitsätze:

1. § 134 I 3 VwGO, der die Vorlage der Zustimmungserklärung fordert, ist erfüllt, wenn dem BVerwG innerhalb der Revisionsfrist vom Verwaltungsgericht eine diesem gegenüber erklärte schriftliche Zustimmung des Revisionsgegners zur Einlegung der Sprungrevision vorgelegt wird und Zweifel an dem auf Zustimmung zur Einlegung der Sprungrevision gerichteten Inhalt der Erklärung weder vorgetragen noch ersichtlich sind. Auch eine nicht gegenüber dem Revisionskläger, sondern gegenüber dem Gericht abgegebene Erklärung, die lediglich den Hinweis enthält, dass eine entsprechende Erklärung dem Klägerbevollmächtigten bereits per Fax übermittelt worden sei, erreicht diesen bestimmungsgemäß über das Gericht (Neumann/Korbmacher, in: Sodan/Ziekow, VwGO, 5. Aufl. 2018, § 134 Rn. 22). Durch eine solche vom Verwaltungsgericht weitergeleitete Erklärung wird das Revisionsgericht - dem Normzweck des § 134 I 3 VwGO entsprechend - in vergleichbarer Weise in die Lage versetzt, die Zulässigkeit der Revision ohne weitere Nachforschungen zeitnah zu prüfen, wie etwa in dem Fall, wenn

4 86% männlich.

5 EUROSTAT (25.04.2019): Pressemitteilung Nr. 71/2019: Asylentscheidungen in der EU.

die Zustimmung zu Protokoll der mündlichen Verhandlung erklärt worden ist (vgl. dazu BVerwG, U. v. 10.12.13 – 1 C 1.13 = BVerwGE 148, 297 <Rn. 8>).

2. Der Umstand, dass das Verwaltungsgericht die Zulassung der Sprungrevision mit klärungsbedürftigen Fragen begründet hat, entbindet nicht vom Erfordernis der Revisionsbegründung gemäß § 139 III 4 VwGO. Mit ihr soll der Revisionsführer gezwungen werden, Inhalt, Umfang und Ziel des Revisionsangriffs von vornherein klarzustellen. Dies dient nicht nur der Entlastung des Revisionsgerichts, sondern auch dem Interesse des Revisionsgegners, der wissen soll, in welchen Punkten er sich auf eine Verteidigung einzurichten hat (Buchheister, in: Schoch/Schneider/Bier, VwGO, Stand September 2018, § 139 Rn. 34).

3. Die Revisionsbegründung muss gemäß § 139 III 4 VwGO grundsätzlich einen bestimmten Antrag enthalten und die verletzte Rechtsnorm bezeichnen. Auf einen Verfahrensmangel kann die Sprungrevision nicht gestützt werden (§ 134 IV VwGO). Das Fehlen eines ausdrücklichen Antrages kann unschädlich sein, wenn sich aus den in den Vorinstanzen gestellten Anträgen nur ein Ziel der Revision ergibt (vgl. BVerwG, U. v. 03.03.98 – 9 C 20.97 = BVerwGE 106, 202 <203>). Dem Erfordernis eines bestimmten Antrages ist bereits dann genügt, wenn das Ziel der Revision aus der Tatsache ihrer Einlegung allein oder in Verbindung mit den während der Revisionsfrist abgegebenen Erklärungen ersichtlich ist, sich also aus der Revisionsbegründung eindeutig ergibt, inwieweit sich der Revisionskläger durch das angefochtene Urteil beschwert fühlt und er eine Änderung erstrebt. Ebenso ist in aller Regel auch ohne eine ausdrückliche Antragstellung erkennbar, dass der Revisionskläger die Aufhebung oder Abänderung des Berufungsurteils anstrebt, soweit es seinen in der Vorinstanz gestellten Anträgen nicht stattgegeben hat (vgl. BVerwG, U. v. 10.12.81 – 3 C 27.80 = Buchholz 310 § 139 VwGO Nr. 59; B. v. 08.11.54 – 5 C 61.54 = BVerwGE 1, 222 <223 f.>; Buchheister, in: Schoch/Schneider/Bier, VwGO, Stand September 2018, § 139 Rn. 40). Für die Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm bedarf es dann keines ausdrücklichen Paragraphenzitates, wenn sich aus dem Revisionsvorbringen ohne Weiteres und eindeutig entnehmen lässt, welche Rechtsnorm oder welcher Rechtsgrundsatz vom Revisionskläger als verletzt angesehen wird (vgl. BVerwG, U. v. 25.11.70 – 4 C 80.66 = Buchholz 310 § 139 VwGO Nr. 39 und U. v. 12.04.91 – 7 C 36.90 = NVwZ 1992, 56).

4. Handelt es sich – wie beim Asylgrundrecht, dem internationalen Schutzanspruch und dem nationalen Abschiebungsschutz – um abschichtbare Ansprüche, zumal wenn diese erstinstanzlich mit Haupt- und Hilfsanträgen geltend gemacht

waren, bedarf es im Rahmen der Revisionsbegründung allerdings in aller Regel einer entsprechend eindeutigen und ausdrücklichen Antragstellung sowie näherer Darlegungen. (BVerwG, B. v. 04.04.19 – 1 C 44.18 <5950577>, MILO)

Afghanistan

Rückkehr im Familienverband – Ermittlung realitätsnaher Rückkehrsituation

Redaktionelle Leitsätze:

Wird bei sachgerechter Verfahrensdurchführung (z.B. aufgrund zeitlich deutlich unterschiedlicher Asylantragstellung) den nahen Familienangehörigen ein Bleiberecht oder Abschiebungsschutz zuerkannt, ist in die Rückkehrprognose bei dem Drittstaatsangehörigen, dem die Erwirtschaftung des Lebensunterhalts der Familie obliegt, nicht einzubeziehen, ob ein hinreichendes Auskommen deshalb ausscheidet, weil es nicht möglich erscheint, dass im Rückkehrzielstaat über den eigenen Lebensunterhalt hinaus auch das Auskommen dieser Angehörigen erwirtschaftet werden könnte (Fortentwicklung von BVerwG, U. v. 27.07.00 – 9 C 9.00).

Für einen arbeitsfähigen Mann, dem keine Unterhaltspflichten obliegen, stellt eine Abschiebung nach Afghanistan grundsätzlich keine Verletzung von Art. 3 EMRK dar. Für einen aus dem europäischen Ausland zurückkehrenden afghanischen Staatsangehörigen ist auch nicht von einer extremen Gefahrenlage auszugehen, die zu einem Anspruch entsprechend § 60 VII AufenthG führen könnte. Auf ein stützendes Netzwerk in Afghanistan oder einen vorherigen Aufenthalt im Heimatland kommt es hierbei nicht an. Ausreichend ist, dass eine der Landessprachen beherrscht wird und der Betroffene den größten Teil seines Lebens in einer islamisch geprägten Umgebung verbracht hat (Fortführung der bisherigen Spruchpraxis).

Keine individuell gefahrerhöhenden Umstände sind insoweit die allgemeine Sicherheitslage sowie die Zugehörigkeit zur Volksgruppe der Hazara (Fortführung der bisherigen Spruchpraxis).

(VGH München, U. v. 08.11.18 – 13a B 17.31960 <5744877>, MILO).

Syrien

Staatenlose Palästinenser aus UNRWA-Schutzgebieten

OVG SL: Ein Auszug aus dem Personenstandsregister für Palästinenser des Syrischen Innenministeriums, aus dem sich als Geburtsort ein UNRWA-Schutzgebiet ergibt (hier: CAMP Jaramana) besagt nichts darüber, ob der Betreffende den Beistand der UNRWA genossen hat.

Für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft über § 3 III 2 AsylG muss konkreter Sachvortrag erfolgen, dass die UN-RWA nicht mehr in der Lage war, bisher gewährten Schutz aufrecht zu erhalten, wenn eine Registrierungsbescheinigung der UNRWA nicht vorgelegt werden kann.

Im Übrigen behält der 1. Senat in Übereinstimmung mit dem 2. Senat des OVG des Saarlandes seine Rechtsprechung bei, nach der die Ausreise aus dem Heimatland, Asylantragstellung, Aufenthalt im Ausland und Wehrdienstentziehung keine politische Verfolgung im Sinne des § 3 AsylG darstellen. (OVG Saarlouis, U. v. 19.02.19 - 1 A 647/16 <6659036>, MiLo)

Afghanistan

Zwangsrekrutierung durch Taliban / Gefolgschaftsverweigerung

VG Leipzig: Die Weigerung den Taliban Gefolgschaft zu leisten, genügt noch nicht für die Annahme einer politischen Überzeugung i.S.d. § 3b I Nr. 5, II AsylG, zumal im hier entschiedenen Fall die Sorge des Klägers um das eigene Leben und die eigene körperliche Unversehrtheit im Vordergrund steht. Selbst wenn man eine politische Grundhaltung des Klägers annähme, knüpft eine Verfolgung in Form einer Zwangsrekrutierung nicht an diese politische Grundhaltung an. Denn diese spielt bei den eher selten vorkommenden Zwangsrekrutierungen grundsätzlich keine Rolle. Bestrafungshandlungen infolge von Gefolgschaftsverweigerungen sollen die Betroffenen einschüchtern und den Druck auf die Bevölkerung in der betreffenden Region erhöhen. Sie knüpfen daher ebenfalls nicht an eine politische Überzeugung. Die Gruppe der jungen wehrfähigen Männer ist zudem keine soziale Gruppe i.S.d. § 3b I Nr. 4 AsylG. Weder das Alter noch das Geschlecht genügen hier zur hinreichenden Individualisierung eines von (Zwangs-)Rekrutierung betroffenen Personenkreises. Die Rekrutierungsversuche der Taliban erstrecken sich nämlich nicht auf eine bestimmte Personengruppe, sondern auf die gesamte wehrfähige Bevölkerung, teils auch auf minderjährige Jungen und Mädchen.

Die Gefahr von Zwangsrekrutierungen bestand insbesondere, wenn die Taliban zusätzliche Kämpfer benötigten, weil eine von ihnen kontrollierte Region unter Druck geraten war, eine Taliban-Offensive bevorstand oder durch Indoktrinierung der Bevölkerung das Einflussgebiet der Taliban ausgeweitet werden sollte. Aus diesen Vorgehensweisen der Taliban lässt sich somit ebenfalls kein identitätsstiftendes und abgrenzendes Merkmal für die Annahme einer sozialen Gruppe herleiten.

Letztlich steht dem Kläger insbesondere in Herat und Masar-

e Sharif eine inländische Fluchtalternative zur Verfügung. (VG Leipzig, U. v. 05.03.19 - 8 K 828/17.A <6642626>, MiLo)

Die Redaktion

Blick zum Nachbarn

EU-Partnerbehörde: Italien – Territoriale Kommissionen (Asylkommissionen)

Nachdem die Zahl der Personen, die um internationalen Schutz in Italien ersuchen, seit 2014 stark zugenommen hat und mit 130.119 im Jahr 2017 ihren Höchststand erreichte, sank sie im Jahr 2018 auf nur noch 53.596. Hauptherkunftsländer waren Pakistan (7.368), Nigeria (6.336), Bangladesch (5.026), Senegal (2.867), die Ukraine (2.517), Mali (2.266) und Gambia (2.101). Im gleichen Zeitraum entschieden die italienischen Asylbehörden über die Anträge von 78.431 Personen. Dabei haben 7.096 Menschen den Status eines Flüchtlings (7%), 4.319 den subsidiären Schutz (5%) und 20.014 den humanitären Schutz (21%) erhalten. Die Quote der Ablehnungen inkl. der unzulässigen Anträge lag bei 59%. Ende des Jahres 2018 zählte Italien immer noch 98.369 anhängige Asylverfahren.¹

Ein Asylverfahren in Italien beginnt bei der örtlichen Polizeidienststelle² oder bei der Grenzpolizei³. Dort wird die antragstellende Person zunächst erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke, Foto, persönliche Daten), um die Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats auszuschließen (Dublin-III-Verfahren). Im Anschluss an die "fotosegnalamento" erfolgt die förmliche Antragstellung, die „verbalizzazione“, in deren Rahmen der Antragsteller zu seinen persönlichen Daten, seinem Reiseweg sowie seinen Fluchtgründen befragt wird. Die Informationen werden in das sog. „C3-Formular“ eingetragen, welches der Antragsteller zur Bestätigung seiner Angaben unterschreibt. Er erhält eine Kopie des „C3-Formulars“ sowie eine Aufenthaltsgeneh-

- 1 Association for Legal Studies on Immigration (ASGI): Country Report Italy, Update 2018, S. 8.
- 2 Questura – Ufficio Immigrazione della Polizia.
- 3 Polizia di Frontiera.

migung für Ausländer (Permesso di Soggiorno per Stranieri), welche sechs Monate gültig und verlängerbar ist. Die „fotosegnalamento“ und die „verbalizzazione“ finden nicht immer am gleichen Tag statt. Insbesondere in großen Städten liegen aufgrund der hohen Fallzahlen und den Personalengpässen der Polizeibehörden oft mehrere Wochen dazwischen.⁴

In einem weiteren Schritt wird das „C3-Formular“ innerhalb von zehn Werktagen an die zuständige Asylkommission⁵ übermittelt, die den Asylantrag prüft und über das Schutzbegehren entscheidet. Die Asylkommissionen sind auf Asylverfahren spezialisierte Verwaltungsbehörden im Geschäftsbereich des italienischen Innenministeriums⁶ und unterliegen der Verantwortung der Präfekturen⁷. Insgesamt gibt es 48 Asylkommissionen (darunter 28 Unterkommissionen) mit jeweils einem Präsidenten, einem Mitarbeiter des UNHCR sowie mindestens vier hoch qualifizierten Verwaltungsbeamten des Innenministeriums.

Die Anhörung soll innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Asylantrags stattfinden.⁸ Sie wird von einem Verwaltungsbeamten unter Beisitz eines Dolmetschers durchgeführt. Ihr folgt eine Sitzung zur Entscheidungsfindung mit einer Podiumsdiskussion, an welcher der Präsident, der UNHCR-Experte sowie mindestens zwei Verwaltungsbeamte (darunter derjenige, welcher die Anhörung durchgeführt hat) teilnehmen. Die endgültige Entscheidung über den Antrag auf internationalen Schutz trifft die einfache Mehrheit der Asylkommission innerhalb von drei Werktagen nach dem Anhörungstermin. Der Antragsteller hat dann die Möglichkeit, innerhalb von 30 Tagen gerichtlichen Rechtsschutz zu suchen. Gegen diese Entscheidung kann er innerhalb von zehn Tagen beim Berufungsgericht klagen. Fällt auch diese Entscheidung negativ aus, steht ihm der weitere Rechtsweg zum Kassationshof offen.

Neben diesem regulären Verfahren gibt es mehrere beschleunigte Verfahren für besondere Gruppen oder Fallkonstellationen, wie beispielsweise vulnerable Gruppen (unverzügliches Verfahren), Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten (5-Tage-Verfahren), Personen in Haft oder in einem sog. „Hotspot“ (9-Tage-Verfahren) oder offensichtlich unbegründete Anträge (18-Tage-Verfahren).

Eine Besonderheit im italienischen Asylverfahren ist die Nationale Asylgerichtskommission (CNDA). Wie die Asylkommissionen ist sie eine dem Innenministerium unterstellte Verwaltungsbehörde, die weisungsungebunden arbeitet. Sie koordiniert und überwacht die Arbeit der Asylkommissionen und unterstützt die Mitarbeiter in Form von Handlungsempfehlungen und Auffrischkursen. Sie ist zudem für den Widerruf und die Aufhebung von Entscheidungen zuständig. Seit 2014 organisiert die CNDA Schulungen im Rahmen der EASO-Module, insbesondere zu den Themen „Inklusion“, „Country of Origin Information“ und „Anhörungstechnik“. Eine weitere Besonderheit in Italien war bis zum Gesetzesdekret 113/2018 vom 05.10.2018 der Schutz aus humanitären Gründen – ein italienischer Sonderweg, der auch Personen Asyl gewährte, die nicht unter den internationalen Schutz fallen.⁹ Dieser Schutzstatus, der mit einem zweijährigen Aufenthaltstitel verbunden war, wurde aufgehoben und durch eine einjährige Aufenthaltsbewilligung zum außerordentlichen Schutz ersetzt.

Das Dekret zu Migration und Sicherheit sieht weitere, signifikante Änderungen im Asylverfahren sowie des Aufnahmesystems vor. Dazu gehört u. a.:

- die Einführung eines „unmittelbaren“ Verfahrens an der Grenze¹⁰ für straffällig gewordene Antragsteller,
- die Einführung eines beschleunigten Verfahrens für Folgeanträge sowie Anträge an der EU-Außengrenze,
- eine Beschränkung des Zugangs zu SPRAR-Zentren¹¹ auf international Schutzberechtigte und unbegleitete Minderjährige (Unterbringung von Asylbewerbern nur noch in den großen Erstaufnahmezentren),
- die Einführung eines Konzepts zu sicheren Herkunftsstaaten (bisher gibt es noch keine entsprechende Liste),
- die Implementierung von bis zu drei neuen lokalen Dublin-Units.

Nach dem bemerkenswerten Anstieg der Anträge auf internationalen Schutz in Italien hat das EASO im vergangenen Jahr 110 Entscheider für die Asylkommissionen, sieben COI-Experten und weitere sieben Experten zur Unterstützung der CNDA und der Asylkommissionen entsendet. Insgesamt

4 In dieser Zeit hat der Antragsteller keinen Zugang zum nationalen Aufnahme- und Gesundheitssystem, da das Asylverfahren aus Sicht der Behörden noch nicht begonnen hat. Ausnahme: Notversorgung.

5 Commissioni Territoriali per il Riconoscimento della Protezione Internazionale.

6 Ministero dell' Interno.

7 Prefettura – Ufficio Territoriale del Governo.

8 Diese Frist kann um weitere neun Monate verlängert werden, sofern der Fall sehr komplex ist oder wenn sehr viele Anträge zur gleichen Zeit gestellt werden.

9 Das betraf häufig Frauen, Misshandelte, Minderjährige und Folteropfer. Konkret: Schutz für Personen, die aufgrund ihrer Rasse, Sprache, Staatsbürgerschaft, Religion, politischen Einstellung, persönlichen und sozialen Bedingungen oder ihres Geschlechts einem Verfolgungsrisiko ausgesetzt waren.

10 Procedimento Immediato.

11 Staatlich finanziertes System der Zweitunterbringung von Asylbewerbern und Schutzberechtigten in Italien; die Unterbringung erfolgt überwiegend in Wohnungen und ist von Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen (Rechtsberatung, Sprachvermittlung, sozial-psychologische Unterstützung etc.) begleitet; Unterbringungsdauer: sechs bis zwölf Monate.

setzte das EASO im Laufe des Jahres 373 verschiedene Experten in Italien ein.

Weitere Informationen zum italienischen Asylverfahren und den gesetzlichen Neuerungen enthält der Country Report Italy 2018 der Association for Legal Studies on Immigration (ASGI), abrufbar unter http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/report-download/aida_it_2018update.pdf.

Anke Eckardt, 62F



Veröffentlichungen anderer

BTag:

Digitalisierungsinitiativen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Linke), BT-Drs. 19/9427

Michael Griesbeck, Von der New Yorker Erklärung über den Sutherland-Report zum Global Compact for Migration – Zur Vorgeschichte des Migrationspaktes und den Erkenntnissen für die Diskussion, ZAR 3/2019, S. 85 ff.

Harald Dörig, Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Asylrecht im Jahr 2018, ZAR 3/2019, S. 99 ff.

Professor Dr. Christine Langenfeld, Asyl und Migration unter dem Grundgesetz, NVwZ Heft 10/2019, S. 677 ff.

Informationen hierzu:
Informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de

Demnächst lesen Sie:

- Aus der Rechtsprechung
- Blick zum Nachbarn

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ISSN 1869-1803
Redaktion Entscheiderbrief
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
www.bamf.de
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 5/2019 - 31.05.2019

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ee-brief@bamf.bund.de
Download: www.bamf.bund.de > Infothek > Publikationen

Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats
(Änderung nach Bedarf)

Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.